

Interessengemeinschaft (IG) für mehr Transparenz

BürgerInnen müssen durch Fehlplanung kräftig zahlen

Bad Hönningen. Aus Presseberichten vom 22. Juli ist ersichtlich, dass schon im Januar dieses Jahres der hoch verschuldeten Stadt mitgeteilt wurde, dass bei Genehmigung des Haushalts strengere Maßstäbe angelegt werden müssen. So ist z. B. der angestrebte Erwerb einer „städtischen Residenz“ im Schatten des Kirchturms ad acta zu legen. Doch die Verantwortlichen planen munter weiter und nehmen weiter Schulden auf, um die Eigenanteile von Projekten, für die wiederkehrende Beiträge von den BürgerInnen erhoben werden, finanzieren zu können. Die Ansicht des Fraktionsvorsitzenden der SPD ist in Frage zu stellen, dass man Planungen erstellt, ohne zu wissen, ob diese dann auch zu finanzieren sind. Umgekehrt wird ein Schuh draus; hier geht man nach der Känguru-Methode vor, große Sprünge auf Kosten der BürgerInnen (wKB) machen und selbst nichts im Beutel haben. Auch über den Vorschlag der CDU-Fraktionssprecherin, in einem Brief an das Land „böse zu werden“, kann man doch nur den Kopf schütteln. Hätte sich der Stadtrat nicht über die Schulden-Haushalte bewusst werden und entsprechend gegensteuern müssen?

Trotz allem wird ausführlich über die 150 m lange Sanierung der Hömshohl zwischen den Straßen Am Höms und Zum Kronenborn berichtet. Zum Planungsumfang gehört aber auch die Erneuerung des erst im Juli 2021 markierten Parkplatzes Zum Kronenborn. Entgegen der Aussage im Zeitungsbericht ist dieser Platz nicht „in einem sehr schlechten Zustand“ und somit auch nicht im Straßenzustandskataster zum Ausbau vorgesehen und damit sind die erheblichen Verbesserungen, die einer wKB-Maßnahme zugrunde zu legen wären, unbekannt. Hier wäre eine entsprechende Recherche wohl hilfreich gewesen. Damit sind die genannten Kosten in Höhe von 250.000 EUR völlig überzogen und mit den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit unvereinbar. Auch die Kostenschätzung zum I-Stock Antrag vom 15. Oktober 2021 ist so detailreich aufgeschlüsselt, was aus dem dazugehörigen großmaßstäblichen Luftbild aber nicht zu ermitteln ist, zumal die eigentliche Entwurfsplanung ja erst Mitte Juli 2022 in Auftrag gegeben wurde. Bemerkenswert ist auch noch, dass in der Anlage zum Investition-Stock Antrag im Regelquerschnitt von Betonsteinpflaster kostenmäßig ausgegangen wird. Jedem muss nach einer Ortseinsicht doch klar sein, dass nur auf einer Länge von rd. 80 m die Hömshohl sanierungsbedürftig ist; für die nur rd. 134.000 EUR auszugeben wären. Es ist zu vermuten, dass man die Ausweitung des Projekts vorgenommen hat, um einen höheren Zuschuss zu dem städtischen Anteil der wKB-Finanzierung und damit auch die Kreditwürdigkeit zu erzielen. Damit greift man den BürgerInnen auch kräftig in die Tasche, denn deren Anteil würde rd. 175.000 EUR betragen; bei einer Ausbaulänge von erforderlichen 80 m wären es nur rd. 93.800 EUR, die über den wKB für die BürgerInnen abzurechnen wären. Nach dem Ausbau soll die Hömshohl (auch als Rheinstieg ausgeschildert) von einer Anliegerstraße zur Einbahnstraße werden; damit wird das Verkehrsaufkommen auf dem kürzeren Weg in Richtung Kapellenweg/Ginsterbusch bestimmt zunehmen - wohl nicht zur Freude der Anlieger. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die vorgesehene Planung Ziel und Zweck vollkommen verfehlt hat.

Damit tritt nun das ein, was die Bürgerschaft in Sachen wKB schon immer befürchtet hat, es wird saniert auf Kosten und nicht zum Wohle der Bürgerschaft!

Pressemitteilung

IG Transparenz Bad Hönningen